

Die Seidenstraße führt durch den Nahen Osten

Gastkommentar. Die Vereinigten Staaten ziehen sich seit Jahren immer weiter aus dem arabischen Raum zurück. China ist inzwischen nicht nur wirtschaftlich im Nahen Osten präsent, sondern wird künftig auch politisch mitmischen.

VON KARIN KNEISSL

Alte Handelswege verbinden die arabische Halbinsel mit China und Indien. Seit dem Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt erhalten die einstigen Karawanenrouten mit Flughäfen und Schnellzügen eine gewichtige Infrastruktur. Während die EU über theoretische Zusammenarbeit in Energiefragen in Zentralasien konferiert, bauen chinesische Ingenieure mit ihren eingeflogenen Bautrupps Pipelines in Rekordzeit.

Eurasien als gemeinsamer Wirtschaftsraum stand einst auf der Agenda eines Charles de Gaulle, und es beschäftigt seit jeher Wladimir Putin. Nach dem Zerfall der Sowjetunion war dieser Raum auch eine kleine Weile zur Spielwiese von US-Strategen geworden. „The new great game“ hieß der damalige Zugang in Washington, wo man euphorisch meinte, den Kampf um Rohstoffe und die Herzen der neuen Diktatoren leicht gewinnen zu können. China bewegte sich lang im Abseits und kam in so mancher außenpolitischen Gleichung des Westens gar nicht vor.

Westen hat sich verzettelt

Besagter Westen hat sich mit seinen humanitären Interventionen und der Illusion einer unter militärischem Zwang geschaffenen liberalen Ordnung verzettelt. Der gewählte US-Präsident Donald Trump versprach im Wahlkampf ein Ende der Regimewechsel und des permanenten Einmischens.

Aus dem Nahen Osten ziehen sich die USA schon seit geraumer Zeit zurück. Ein Grund hierfür liegt auch in der wachsenden Rolle der unkonventionellen Öl- und Gasproduktion mittels Fracking. Der noch amtierende US-Außenminister, John Kerry, meinte schon vor Jahren in einem Interview: „Der Nahe Osten kostet uns 90 Prozent unserer Nerven, umfasst aber nur zehn Prozent unseres Handels.“

Die Prioritäten der USA verschieben sich. In das Vakuum, das die Amerikaner in der arabischen Welt hinterlassen, treten asiatische Spieler. China ist derzeit der mächtigste Drahtzieher, doch auch Indien spielt wie auch Malaysia mit.

Hierbei geht es nicht nur um Warenaustausch zwischen Ost und West. Unter dem Titel „Neue-Seidenstraße-Strategie“ aktualisiert



„Willkommen, reicher Onkel aus Peking.“ Ägyptische Kinder schütteln Hände mit Chinas Staatschef, Xi Jinping, in Kairo. [AFP]

Peking das Verkehrsnetz über Landverbindungen und auf dem Seeweg. Die sogenannte Perlenkette ist ein wohlgedachtes Netz von Häfen, die bereits chinesische Terminals sind oder es noch werden.

Zentral sind die Transportrouten für Rohstoffe aus Afrika und vor allem Erdöl aus den arabischen Golfstaaten. China tritt geopolitisch selbstbewusst auf und verfolgt konsequent seinen Kurs des Go West, einer umfassenden Durchdringung strategisch wichtiger Regionen, die wir als Nahen Osten bezeichnen. Das Reich der Mitte wirkt – diskret, aber umso effektiver – diplomatisch von Damaskus bis Teheran.

Pekings handfeste Realpolitik

Peking stützt die syrische Regierung finanziell und bildet ein wichtiges Rückgrat für Bashar al-Assad. Russland agiert in Syrien nicht auf eigene Faust, sondern in Abstimmung mit mehreren Partnern. China ist einer davon. Und im Iran hat die chinesische Wirtschaft dank großer Barter-Abkommen, also Tauschhandelsgeschäften, aus Sanktionstagen ohnehin einen mächtigen

Fuß in der Tür. Pipelines werden weiter mehr nach Osten als nach Westen drehen.

China will Handel treiben, und das erfordert Stabilität. Das Interesse ist daher entsprechend groß, dass weder Syrien zerfällt noch die Türkei im Chaos untergeht, dass weder Ägypten im Stromausfall versinkt oder in Saudiarabien die nächste arabische Revolte ausbricht. Denn ein wichtiger Teil der chinesischen Seidenstraße findet sich im östlichen Mittelmeerraum, bevor die asiatischen Interessensphären dann via Griechenland nach Europa drehen. Rotterdam und Venedig heißen die beiden wesentlichen Terminals für chinesische Händler auf dem europäischen Kontinent.

Dahinter steht nicht bloß das ideologisch verbrämte Streben nach Harmonie der Kommunistischen Partei Chinas, sondern handfeste Realpolitik. Konnte China noch bis Mitte der 1990er-Jahre seine Nachfrage nach Erdöl mit nationaler Produktion abdecken, ist die Lokomotive der Weltwirtschaft seit einigen Jahren die Nummer eins unter den Erdölimporteuren. Kippen die Golfstaaten, wäre China

energiepolitisch viel mehr getroffen als die etablierten Industriestaaten, deren Ölfrage seit 2006 stagniert.

Das chinesische Modell

Nahostpolitik rückt nach dem großen Gerangel um Afrika, wo die Chinesen die ehemaligen Kolonialmächte ebenso wie die afrikanischen Machthaber und die US-Allianzen alt aussehen lassen, auf der Agenda ganz nach oben. Die Theokratie Saudiarabien, seit 1947 natürlicher Verbündeter der USA gegen die „ungläubige“ Sowjetunion, unterhielt bis 1992 keine Beziehun-

DIE AUTORIN



Karin Kneissl (* 1965 in Wien) studierte Jus und Arabistik in Wien. Sie war 1991/1992 Studentin an der ENA. Von 1990 bis 1998 im diplomatischen Dienst, danach Lehrtätigkeit. Zahlreiche Publikationen, darunter: „Die Gewaltspirale. Warum Orient und Okzident nicht miteinander können“ (2007), „Mein Naher Osten“ (Braumüller, 2014).

[Privat]

gen zum kommunistischen China. Doch schon wenige Jahre später sollte das saudisch-chinesische Handelsvolumen infolge der Energielieferungen rasant steigen. Als 2006 die Unifil den Südlibanon stabilisieren sollte, meldete China sofort 1000 Blauhelme für das neue Kontingent. Israel weiß Chinas Rolle hier zu schätzen.

Konfuzius-Institute nisten sich an arabischen Universitäten ein. Das Modell China, das Prosperität, aber nicht Freiheit verheißt, gewinnt nicht nur unter den Potentaten an Zuspruch. Der jüngste UN-Bericht zur arabischen Entwicklung zeigt klar, dass der Wunsch nach Arbeit die Sehnsucht nach politischer Freiheit aussticht.

Weltweit ist die Jugendarbeitslosigkeit in den arabischen Staaten am höchsten. Angesichts anhaltender demografischer Trends und des von Krieg und Terror geschwächten Tourismus, eines wichtigen Arbeitgebers, wird der Jugendüberschuss zur sozialen Bombe, wie die Autoren der UN-Berichtsserie schon 2002 warnten.

Eine tiefe, mentale Kluft

Hierfür bietet China sicher keine Lösung. Im Gegenteil: Die Chinesen exportieren ihre arbeitslosen jungen Männer in diese ohnehin fragilen Staaten. Proteste gegen chinesische Ladenbesitzer und Öl-arbeiter erfassten 2005 Algerien. Die Asiaten haben da und dort so manche Branche erfolgreich übernommen. Mental herrscht sowieso eine tiefe Kluft. Die meist areligiösen Asiaten, die sich eher an Tugenden ihrer Philosophen ausrichten und nicht Heilsversprechen folgen, können mit den frommen Arabern wenig anfangen. Da verband die US-Missionare, die ihre Protestant Colleges einst zwischen Kairo und Beirut gründeten, mit den jeweiligen Eliten mehr.

Noch steht China am Beginn seiner Präsenz im Nahen Osten. Chinesische Flugzeugträger werden zwischen Levante und Persischem Golf kreuzen, wie dies in den vergangenen 60 Jahren die US-Flotte getan hat. Vielleicht wird ein prochinesischer Oberst so manche staatliche Konkursmasse neu ordnen. Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter, lautet ein arabischer Spruch. Die Orientfrage wird dann andere beschäftigen.

E-Mails an: debate@diepresse.com

PIZZICATO

Familienaufstellung

Noch stehen uns ein paar Tage des süßen Nichtstuns bevor, dann kann man sich endlich guten Gewissens wieder an die Drehbänke begeben. Ein neues Jahr beginnt. In Wien Ottakring sitzt zurzeit einer, dem der Jänner 2017 schon jetzt Unbehagen bereitet. Er muss seine Nachfolge regeln und sich aufs Rentnerdasein vorbereiten. Doch wie er's dreht und wendet, ein schlanker Fuß kommt da nicht heraus: Der Parlamentsklubobmann als neuer Finanzstadtrat, das ist natürlich möglich. Die derzeitige Amtsinhaberin kann als Landtagspräsidentin weggelobt werden. No problem.

Blöderweise ist die Sozialstadträtin mit dem künftigen Finanzstadtrat liiert. Bleibt sie, dann wäre das eine pikante Konstellation, die früher noch undenkbar war: Die Gesundheitsstadträtin musste sich erst scheiden lassen, ihr Verfloßener ist jetzt Klubobmann im Rathaus. So bleibt alles in der Familie und hat doch kein allzu penetrantes Röcheln. So eben wie beim Kulturstadtrat, dessen Ehefrau als Gemeinderätin eher unbekannt ist. Apropos Gemeinderat: Dort sitzt schon seit Jahr und Tag die Ehefrau des abgelösten Bundeskanzlers. Ein Mäuslein möchte man sein, wenn es in der Fraktion laut wird und die Ex-Kanzlerfraktion mit dem notorisch linken Flügel diskutiert. In diesem Sinn: Guten Rutsch, Herr Bürgermeister. Wird gar net lustig, dieses Jahr. (hws)

Reaktionen an: hans-werner.scheidl@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Kompromissvorschlag zur deutschen Maut

„Deutsche Pkw-Maut diskriminiert Österreicher“, Interview mit J. Leichtfried von W. Böhm, 23. 12. Ich hätte einen weihnachtlichen Kompromissvorschlag, der den Auseinandersetzungen zwischen Herrn Dobrindt und österreichischen Politikern die Schärfe nehmen könnte: Wie wär's, wenn zumindest die Ausländer, die mit einem Auto aus deutscher Fabrikation deutsche Autobahnen benutzen, mautfrei oder mautbegünstigt fahren dürften? Sozusagen als kleines Dankeschön an die vielen Käufer von Audi, BMW, VW, Mercedes etc. – und zugleich ungeheuer werbewirksam, daher auch von hoher Umwegrentabilität begleitet.

Möglicherweise ist dies aber auch wiederum nicht ganz EU-Recht-konform.

Friedrich Wiesinger, 4822 Bad Goisern

Ein Skandal

„Der Müll aus Rom ist da“, 23. 12. Dieser Artikel raubt einem die Weihnachtsfreude: In Italien wird weniger recycelt, und es gibt auch zu wenige Verbrennungsanlagen. Weil sich die Anrainer erfolgreich dagegen wehren! Daher transportieren wir ihren Müll über Tausende Kilometer, um ihn hier zu verbrennen, und verpesten die Luft im Tullner Feld – es ist ein Skandal.

Mag. Martha Schöffbeck, 3433 Königstetten

Teurer, schwarzer Kommunismus

„Geschichten von den grünen Bundesbahnen“, „Bilanz“ von Josef Urschitz, 23. 12. Ich dachte schon, dass dieses Thema ziemlich erschöpft ist. Allerdings war das ein Irrtum, wenn man sich eingehend o. a.

Beitrag widmet, der – wie alle Analysen und Kommentare von Urschitz – ins Schwarze trifft. Die SP/VP-Herrscher des Umverteilungslandes Österreich haben sich in vielen Jahren und völliger Eintracht ein Fördersystem (besser: ein Schmiergeldsystem) zugelegt, das vor allem der eigenen Klientel zur jederzeitigen Verfügung steht und für eine lange Nibelungen-treue sorgen soll. Ganz besonders toll treibt es die ÖVP mit ihren Forderungen – arbeitsloses Einkommen für anscheinend alle Arten der Bewirtschaftung von Grund und Boden; bestens organisiert über Brüssel, das Landwirtschaftsministerium, die Raiffeisenorganisation bis hin zu den Bauern.

Die Bürokraten und Verursacher dieser Verschwendungssucht werden nicht weniger, obwohl Österreich mittlerweile nur noch 160.000 Vollerwerbslandwirte zählt. Im ganzen Land gibt es mehr als 100 definierte Genusregionen und engagierte Selbstvermarkter, die aber von den Regulierungswütigen mehr behindert als ge-